

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 1429) betreffend konkrete Projekte der Landesregierung für den Bahnausbau im Burgenland (Zahl 22 - 1049) (Beilage 1454).

Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend konkrete Projekte der Landesregierung für den Bahnausbau im Burgenland, in seiner 25. Sitzung am Mittwoch, dem 15. Juni 2022, beraten.

Landtagsabgeordneter Gerald Handig wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Gerald Handig den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Alexander Petschnig, Ilse Benkö, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Ewald Schnecker beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 15. Juni 2022

Der Berichterstatter:
Gerald Handig eh.

Der Obmann:
Mag. Christian Dax eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 15. Juni 2022

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 1049, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend mehr Investitionen in den Bahnausbau im Burgenland durch die ÖBB

Das Land Burgenland hat sich zum Ziel gesetzt bis 2030 die Klimaneutralität zu erreichen. Dieses ambitionierte Ziel bedarf Maßnahmen in allen Lebensbereichen. Daher muss besonders der Bahnverkehr im Burgenland dringend ausgebaut werden. Jedoch sind insbesondere im Südburgenland seitens der ÖBB wohl keine Projekte geplant. Die Schiene als öffentliches Verkehrsmittel kann daher ohne die von den ÖBB zu errichtenden Infrastruktur nicht attraktiviert werden. Ein Umstieg vom PKW auf die klimaschonendere Bahn ist somit für die vielen betroffenen PendlerInnen nicht möglich. Ein Ausbau der Bahnstrecke am Wechsel muss jedenfalls erfolgen, um eine Attraktivierung dieser Strecke zu erzielen. Die Fahrzeit des G1-Busses ist ohne massive Investitionen derzeit noch wesentlich kürzer als jene der Alternativroute der ÖBB.

Im Regierungsprogramm „Zukunftsplan Burgenland“ ist die Schaffung von jeweils einem Verkehrsknotenpunkt im Nord- und im Südburgenland verankert. Ein zentraler Umsteigeknoten mit Park&Ride-Anlage für PKW und Buszubringern soll errichtet und von dort eine schnelle Bahnanbindung in Richtung Wr. Neustadt und Wien bereitgestellt werden. Eine verbesserte Infrastruktur macht aber nur Sinn, wenn sie auch für bessere und schnellere Verbindungen genutzt wird. Die schnellen PendlerInnen-Züge dürfen gegenüber den Fernverkehrszügen nicht benachteiligt werden. Es müssen daher entsprechende Trassen zur Verfügung gestellt werden. Das gilt insbesondere für die geplante multimodale Drehscheibe im Raum Eisenstadt. Damit kann ein wesentlicher Beitrag zur Reduktion der CO₂-Belastung geleistet und dem Klimawandel entgegengewirkt werden.

Leider geht aus einer Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage im Nationalrat vom 11.02.2022 an die zuständige Verkehrsministerin hervor, dass im Rahmenplan 2022-2027 der ÖBB lediglich 1 Prozent des Gesamtinvestitionsvolumens von 18,7 Milliarden Euro für Investitionen im Burgenland vorgesehen sind. Dieses Investitionsvolumen entspricht nicht einmal dem Bevölkerungsschlüssel. Eine Erhöhung des Investitionsbudgets zumindest auf den prozentuellen Bevölkerungsschlüssel von 3,3 Prozent würde zu einer wesentlichen Aufwertung des öffentlichen Verkehrs im Burgenland führen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- Projekte zur Verbesserung des Schienenverkehrs im Burgenland gemeinsam mit dem Land Burgenland und der ÖBB erarbeiten und in weiterer Folge umsetzen,
- das Land Burgenland bei der Umsetzung der bereits in der Gesamtverkehrsstrategie 2021 erarbeiteten Projekte (insbesondere der multimodalen Verkehrsknoten) unterstützen und
- die Investitionsrate für das Burgenland im Rahmenplan 2022-2027 der ÖBB zumindest auf 3,3 Prozent erhöhen.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, weiterhin den Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Burgenland voranzutreiben.